

SPD-Regionsfraktion

HAUSHALTSBERATUNG 2008

HAUSHALTSREDE

für die SPD – Fraktion in der Regionsversammlung am 18.12.2007

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

DIE SOZIALE REGION ABSICHERN!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es sind gerade neun Monate vergangen, seitdem der erste Haushalt in der zweiten Wahlperiode von uns mit sehr breiter Mehrheit hier in der Regionsversammlung verabschiedet worden ist. Und in diesem zurückliegenden Dreivierteljahr hat sich viel getan!

Einige Beispiele, die mir spontan einfielen, seien hier genannt:

- Denken wir nur an die gelungene Eröffnung des neuen Regionshauses: Nicht erst seitdem präsentiert sich die Region den Bürgerinnen und Bürgern angemessen selbstbewusst in der Öffentlichkeit, – aber eben nicht protzig wie von einigen unterstellt. Und erfreulich ist es, dass die vielfältigen Aufgabenstellungen der Region zunehmend wahrgenommen und geschätzt werden. Ein Bau wie dieser gilt vielen Menschen eben auch als „Erkennungsmarke“, auch insofern war die damals gefällte Entscheidung für den Neubau weitsichtig, und das leidige Thema Arnswaldstraße hat sich ja nun endlich gelöst.

- Nehmen Sie das Projekt Yukon Bay: Dass Yukon Bay kommt, liegt eben auch in hohem Maße am Verhandlungsgeschick der damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Hause!

- Und dass auch das Projekt Gartenregion im besten Sinne imagebildend für die Region Hannover sein wird, ist jetzt schon absehbar.

Ja, es tut sich was! Denken Sie an den begonnenen Verwaltungsreformprozess in der Kernverwaltung. Hier im Hause – und damit meine ich die Regionsverwaltung in Gänze - sind die Ärmel noch weiter aufgekrempt worden; allerorts werden Projekte umgesetzt, in allen Bereichen werden Anstrengungen unternommen, den Servicegedanken weiter auszubauen.

Ich stelle fest, wir können mit dem Regionspräsidenten, Hauke Jagau, und seinem Dezernententeam auf dynamische, verlässliche Partner bauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in meinen heutigen Ausführungen werde ich mich auf die aus meiner Sicht wesentlichen Fakten beschränken, Klartext ist angesagt!

Punkt 1 meiner Feststellungen betrifft das, was mittlerweile schon fest in die Umgangssprache eingegangen ist: „modernes Raubrittertum“ a la Wulff!

Denn um nichts anderes handelt es sich beim NFAG.

Und unser stets lächelnder Landesfürst verfährt frei nach dem Motto:

- „Die einen beschenken, den Haushalt der anderen versenken!“
- „Die Region Hannover melken, die schwatten Kreise werden´s vergelten“ oder
- „Ich melk´ die Region, das merkt keiner schon!“ und
- „Ich melk die Ballungsräume und finanzier Cloppenburgs Träume“.

Meine Damen und Herren,

es geht um ca. 30 Millionen Euro - also die Hälfte unseres Defizits,

30 Millionen Euro, die uns hier fehlen, mit denen die Region Hannover letztlich andere Landkreise subventioniert. Dass also die Region gegen die Veränderungen beim Niedersächsischen Gesetz über den Finanzausgleich (NFAG) klagt, ist aus unserer Sicht nur folgerichtig und zwingend notwendig.

Es kann doch nicht sein, dass durch die Einführung des Flächenfaktors die dünn besiedelten, großflächigen Landkreise bevorzugt behandelt werden, während ein Siebtel des Landes – nämlich die Region Hannover – dafür aufzukommen hat. Fläche allein ist schließlich kein Kostenfaktor. Dieses absurde Prinzip geht so weit, dass etwa die Landkreise Lüchow-Dannenberg und Soltau-Fallingb. mehr Geld vom Land für Straßenunterhaltung und Schülerbeförderung erhalten als sie überhaupt aufwenden. Und die Region geht leer aus! Wir haben es also mit einer massiven und planmäßigen Umverteilungspolitik der Niedersächsischen Landesregierung zu tun, die bewusst die Finanzmisere einiger großer Gebietskörperschaften herbeiführt und scheinheilig mangelnden Sparwillen bei denselben unterstellt!

Man spekuliert darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Spiel nicht durchschauen und den wohlklingenden, schönfärberischen Worthülsen des Landesherrn Glauben schenken.

Und diese Anmerkung muss ich an dieser Stelle machen: Maßgebliche Mitglieder der zweitgrößten Fraktion hier im Hause verfügen über blendende Kontakte in die Landesregierung hinein, deren Vorgehen

wird nicht nur geduldet, sondern auch noch lauthals gut geheißten. In dieser Hinsicht lob ich mir den Wunstorfer Bürgermeister, der immerhin lt. Neue Presse feststellte: „Die Klage der Region gegen den Flächenfaktor im Kommunalen Finanzausgleich ist völlig richtig.“

Meine Damen und Herren von CDU und FDP: Es geht doch! Tun sie es dem Wunstorfer nach. Dienen Sie der Region und sagen Sie auch öffentlich, was Sie insgeheim denken! Das ist Ihre Aufgabe, das sind Sie Ihren Wählerinnen und Wählern schuldig.

Meine Damen und Herren,

vom französischen Publizisten, Politiker und Historiker Tocqueville stammt das Zitat, wonach Politik ein Kampfplatz sei, auf dem das Ergebnis, das man erzielt, immer weit unter dem liege, was man erreichen möchte.

Eine These, die auf unseren Haushalt zugeschnitten zu sein scheint.

Und damit leite ich zum zweiten Punkt meiner Bemerkungen über:

Zu konstatieren bleibt die strukturell bedingte finanzielle Unterdeckung der Region Hannover, worauf wir schon seit Jahren hinweisen.

Der so genannte Modellhaushalt, der den Planungen für die neu geschaffene Region zugrunde lag, war in der Tat ein nicht brauchbares Modell.

Die Anpassung an die raue „Finanzwirklichkeit“ ist dringend geboten!

Mir ist sehr wohl bewusst, welche Herkulesaufgabe vor uns allen liegt: Doch

wenn die zuständige Aufsichtsbehörde - ich zitiere sinngemäß aus dem Schreiben vom 30. November zur Nachtragshaushaltssatzung der Region Hannover für das Haushaltsjahr 2007 - uns zum Thema Haushaltsplanaufstellung 2008 u. a. folgendes mitteilt, ist – wie sagen wir Politiker sprachlich verharmlosend – „Handlungsbedarf“ angezeigt!

Angesichts des nach vorliegenden Informationen für das kommende Haushaltsjahr 2008 erneut erwarteten strukturellen Defizits in Höhe von knapp 60 Mio. € werde im Rahmen des HH-Genehmigungsverfahrens u.a. der Frage hohe Priorität zukommen, ob flankierend eine erhöhte Bedarfsdeckung aus der Regionsumlage vorzunehmen sei; in Prüfung und Beurteilung des Regionshaushalts 2008 werde auch die Haushalts- und Finanzentwicklung der regionsangehörigen Gemeinden angemessen mit einzubeziehen sein.

Im Zuge der Haushaltsanträge, die heute zu verabschieden sein werden, haben wir als Gruppe SPD/Grüne deshalb die Verwaltung beauftragt, die angekündigte Untersuchung der Finanzströme zwischen den regionsangehörigen Städten und Gemeinden und der Region Hannover in der ersten Jahreshälfte 2008

abzuschließen. Und die Ergebnisse der Untersuchung sollen vor der Sommerpause der Politik zur Beratung vorgelegt werden.

Unbestritten ist, zur Finanzhoheit eines Landkreises und damit der Region gehört gerade auch die Befugnis, sich Mittel zur Bestreitung der Aufgabenwahrnehmung zumindest teilweise aus eigenem Recht zu verschaffen. Dazu trägt bei den Landkreisen, die an der bundesverfassungsrechtlichen Ertragsverteilung nach Art. 106 GG nicht (unmittelbar) beteiligt sind, in besonderem Maße die Kreis- bzw. Regionsumlage bei.

Dennoch, den vermeintlich einfachen Weg – mal eben die Umlage zu erhöhen – wollen wir nicht beschreiten, eine aussagefähige Kosten-Nutzenanalyse, die auch die Belastungen der einzelnen Städte und Gemeinden in der Region mit einbezieht, soll uns als Grundlage dienen. Gerade nach dem für die Landesregierung vernichtenden Urteil des Bückeburger Staatsgerichtshofes in Sachen Lüchow-Dannenberg-Gesetz, nach dem Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises weiterhin vor allem ortsnah durch Städte und Gemeinden zu erledigen sind, gilt es, eine intensive Aufgabenkritik auf Regionsebene durchzuführen, die Finanzströme zwischen Land und der kommunalen Seite zu durchleuchten und die Zuständigkeit für Aufgaben der Daseinsvorsorge zu definieren.

Die jüngsten Forderungen des niedersächsischen Städtetags-Präsidenten Martin Biermann an die neue Wahlperiode des Landtages können wir nachdrücklich dick unterstreichen! Er sagte, vom neuen Landtag werden politische Initiativen zur dauerhaften Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge als einem wesentlichen Element der kommunalen Selbstverwaltung erwartet. Überhaupt müsse die Kommunalwirtschaft mit Stadtwerken, Nahverkehr, Abfallbeseitigung und anderen Leistungen, ich füge Gesundheitsvorsorge hinzu, erhalten bleiben. Biermann nannte die zunehmende Privatisierung eine „absurde Entwicklung“. Mittlerweile müssten „Heerscharen“ von Beamten eingestellt werden, um in Regulierungsbehörden Auswüchse zu verhindern.

Bei den Finanzen erhofft sich der Städtetag eine angemessene Ausstattung, um die Zeit der kommunalen Kassenkredite beenden zu können. Biermann hofft auf eine Bewegung in „gegenläufiger Richtung“. Es hätte nie Kassenkredite gegeben, wenn das Land nicht immer wieder „zugegriffen“ hätte. Kurzfristig erwarte man daher, dass die Verbundquote des kommunalen Finanzausgleichs wieder auf den Prozentsatz vor der Absenkung durch das Haushaltsbegleitgesetz 2005 (16,09 %) angehoben werde, langfristig aber, dass im kommunalen Finanzausgleich eine Finanzausstattung gewährt werde, die dem Durchschnitt der anderen Flächenstaaten entspreche.

Sollte im Ergebnis keine substanzielle Einnahmeerhöhung erfolgen - von den Pflichtaufgaben und -ausgaben können wir uns schwerlich verabschieden - wird sich für uns Mitglieder der

Regionsversammlung – gleich welcher Couleur – mittelfristig die Frage nach den dann noch verbliebenen, realen Gestaltungsmöglichkeiten stellen.

Uns geht es darum, eine dauerhafte Planungssicherheit der Region Hannover mit ihren 21 Städten und Gemeinden zu bewerkstelligen!

Leitlinie unseres Handelns bleibt dabei die soziale Ausgleichsfunktion der Region Hannover: Trotz knapper Finanzen müssen Investitionen, die die Zukunft der Region sichern, getätigt werden können!

So erfreulich es ist, wenn regionsangehörige Städte einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können, der im Raume stehenden Vermutung, dieses geschehe letztlich zu Lasten des Regionshaushaltes, muss begründet widersprochen werden können. Auch dafür brauchen wir die geforderte Analyse. Sollte es sich nämlich bewahrheiten – was ich persönlich nicht erhoffe - dass der Regionshaushalt als Verschiebebahnhof für Finanzlasten einiger finanzstarker Kommunen fungiert, werden wir im nächsten Jahr eine Finanzdiskussion erleben, die sich gewaschen hat!

Es werden also spannende Zeiten, denn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bleiben dabei:

Ziel bleibt es, ab 2009 einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden, und eine weitere Grundlage dafür will ich nicht unerwähnt lassen:

Die Kommunen müssen alle Aufgaben von der Region übernehmen, die möglich sind. Ein eigenes Jugendamt gehört – da, wo möglich – selbstredend dazu!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Politik ist mehr als die Summe des ausgegebenen Geldes!

Dieser Leitlinie sind die SPD-Regionsfraktion und unser Gruppenpartner auch in diesem Jahr gefolgt. Die Haushaltseckdaten, die sich auch aufgrund von Gewerbesteuerbrüchen innerhalb nur weniger Wochen verschlechterten, lassen keine abweichende Deutung zu. Die von unserer Gruppe eingebrachten Haushaltsanträge orientieren sich sämtlich an den engen, vorgegebenen Grenzen des finanziell Möglichen! Bewusst haben wir uns im Wesentlichen auf zentrale Zukunftsthemen beschränkt, die Präventionscharakter aufweisen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass dieser „Vorsorge-Ansatz“ nicht nur gesellschaftspolitisch Erfolg versprechend, sondern mittel- und langfristig für die Steuerzahlenden auch finanziell wesentlich günstiger sein wird.

Sei es nun die behutsame Erhöhung der Zuwendungen für Regionsjugendring und Regionssportbund oder auch die stärkere Förderung von Mehrgenerationenhäusern: uns geht jeweils darum, Steuermittel effektiv – weil gesellschaftlich stabilisierend wirkend - einzusetzen.

Sehr verknüpft ausgedrückt: Ist es gleichsam „sozialer Kitt“, den wir als Region bereitstellen; wir wollen, dass unsere soziale Infrastruktur schon im Vorfeld möglicher entstehender Probleme funktioniert, ja bestenfalls diese gar nicht entstehen lässt, sondern die Betroffenen auffängt.

Soziale Probleme gar nicht erst zu Pflichtaufgaben werden zu lassen, ist allemal sinnvoller als sich späterhin über Folgekosten zu beklagen, auch insofern investieren wir nachhaltig im Wissen um die soziale Rendite, die uns allen zu Gute kommen wird!

Meine Damen und Herren,

Sie bemerken, ich argumentiere nicht moralisch, sondern im besten Sinne volkswirtschaftlich! Und wir haben mit Genugtuung feststellen können, dass auch die Opposition in einigen Teilen folgt.

Ob dieser „Schwenk“ in Teilbereichen jedoch nicht nur rein wahltaktischen Überlegungen geschuldet ist, mögen die wohl Informierten beurteilen.

Denn es ist schon bemerkenswert, welche sozialpolitischen Verrenkungen der CDU vor der Landtagswahl zu erleben sind: einerseits wird der Haushalt abgelehnt und unrealistische Vorschläge zur Haushaltentlastung unterbreitet. Andererseits werden Anträge gestellt, die den Haushalt ausweiten würden mit der Begründung, man habe ja Einsparungen vorgeschlagen.

Ein Schelm, der Böses dabei denkt und einen landesweit bekannten Termin in sieben Wochen damit in Verbindung bringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

verlässlich soziale und berechenbare Politik sieht anders aus! Man kann sich eben nicht mal einfach – bei Bedarf - das Etikett „sozial“ anheften, das Denken muss auch entsprechend sein. Und da sind w i r das Original und die anderen bloß Kopien, die man zum Jagen tragen muss!

Aber zurück zu unseren Haushaltsanträgen. Drei Themen stehen dabei im Mittelpunkt unserer Überlegungen bzw. unserer Antragsstellungen:

- Sprachförderung für Kinder in der Region:

Dass Sprache als Schlüssel für jegliche Chancen im Leben eines Menschen verstanden werden muss, ist unumstritten. Und es sind nicht nur die individuellen Schicksale, die uns bedrücken müssen: wir leisten es uns in Deutschland, menschliche Ressourcen zu vergeuden – auch das ist moralischer und ökonomischer Wahnsinn! Und da wollen wir gegensteuern!

Da die Landesförderung mal wieder nicht ausreicht, wollen wir in diesem Bereich deutlich nachbessern! Offensichtlich macht sich das Land auf Kosten der Region *einen schlanken Fuß* in der Annahme, dass die sozialdemokratisch geführte Region schon ihrer sozialen Verantwortung gerecht wird.

- Integration:

Jawohl, wir sind Einwanderungsland! Das heißt auch, verstärkt Integration zu ermöglichen. Wir wollen die Erfahrungen der Menschen kennenlernen und davon gesellschaftlich profitieren, eben gut zusammenleben. Es ist meine feste Überzeugung, dass gelungene Integration über gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird. Wenn Menschen erfahren, dass ihr Wissen und Können und auch ihre Traditionen gefragt sind, was wert sind, dann werden sie ihren Platz in der Gesellschaft einnehmen. Damit ich richtig verstanden werde, es geht hier nicht darum, den Städten und Gemeinden etwas zu oktroyieren, die Region Hannover nimmt ihre Aufgabe an dieser Stelle jedoch ernst und wartet nicht lediglich ab.

- Ausbau eines Regionalen Kompetenzzentrums für Klimaschutz:

Spätestens seit der Konferenz auf Bali am Wochenende muss wirklich allen klar sein, dass es sich hierbei um keine spinnerte These irgendwelcher Schreckensapostel handelt. Wir wollen das Thema Klima- und Ressourcenschutz als zentrale Aufgabe in der Region Hannover fest verankern! Es gilt, einen alltagstauglichen Rahmen zu zimmern, denn umsteuern können wir nur gemeinsam. Das Mitmachen aller muss gelingen. Das darf keine Angelegenheit mehr von Spezialisten und Fachleuten mehr sein!

Meine Damen und Herren,

uns liegt ein Haushaltsplan vor, der die soziale und wirtschaftliche Kompetenz der Region Hannover deutlich macht. Herr Jagau gab dazu in seiner Einbringungsrede umfassende Erläuterungen und Begründungen.

Die soziale Region abzusichern, sie im wahrsten Sinne des Wortes wetterfest zu machen, ist unser Anliegen!

Es geht um die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens, des Standortes „Region“. Und dafür haben wir heute eine weitere strategische Weichenstellung vorgenommen: die Gründung der Hannover Holding.

Endlich gelingt es uns, die latent vorhandene Konkurrenz zwischen Landeshauptstadt und Region institutionell zu überwinden!

Denn wir haben das gemeinsame Interesse, die Stärken unseres Ballungsraumes Hannover im zunehmenden Wettbewerb der Regionen in Deutschland und Europa noch stärker als schon bisher zur Geltung zu bringen.

Nichts passiert von selbst! Es brauchte – trotz sehr günstiger Vorzeichen – Jahre, die erforderliche Überzeugungsarbeit vorzunehmen. Damit ist ein weiterer Schritt in Richtung „Zukunftsfähigkeit der Gesamtregion“ getan!

Meine Damen und Herren,

die SPD-Regionsfraktion wird den vom Regionsausschuss empfohlenen Haushalt und dem Konsolidierungsprogramm zustimmen.

Die Region Hannover und ihre Töchter wie beispielsweise Klinikum und üstra haben Tritt gefasst und sind gut aufgestellt! Dass dies ohne all die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für die Zukunftsfähigkeit erhebliche Einschnitte hinnahmen, nicht möglich gewesen wäre, ist evident.

Wir Sozialdemokraten haben uns immer für die Zukunftsfähigkeit in kommunaler Trägerschaft eingesetzt! Erfreulich ist, dass die bisher vereinbarten Eckpunkte des Konsolidierungs- und Zukunftssicherungsvertrages eine große Akzeptanz bei den Mitarbeitern des Klinikums gefunden haben. Und wir wissen auch um die hohe Motivation und Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: beides wird letztlich erheblich zum Erfolg beitragen! Die KollegInnen in unseren Unternehmen, insbesondere im Klinikum, erwarten von der Geschäftsführung und vom Gesellschafter Region Hannover die Umsetzung weiterer vertrauensbildender Maßnahmen. Aus unserer Sicht ist es notwendig, diesen eine verlässliche Perspektive anzubieten:

Der Abschluss eines einvernehmlichen *Partnerschaftsvertrages bzw. Zukunftsabkommens* im nächsten Jahr sollte als solide Grundlage dafür dienen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich komme nun zum Schluss meiner Ausführungen, jedoch nicht ohne mich im Namen meiner Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der Fraktionsbüros zu bedanken, die uns bei unserer Arbeit begleitet und unterstützt haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.